

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

- **Allianz für die Kunststoffkreislaufwirtschaft** 2
 - **Europawahlen 2019: Rekordbeteiligung bei jungen Menschen** 2
 - **Der UN-Klimagipfel: Die Versprechen der EU** 3
 - **Macrons europäische Militärkoalition wächst** 4
 - **Grenzkontrollen: Parlament bereit, Limits für Grenzkontrollen zu überdenken** 4
 - **Brexit: Gericht entscheidet, Zwangspause des Parlaments ist nicht rechtens** 5
 - **EU-Umfrage: Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung weit verbreitet** 6
 - **Verteilung von Flüchtlingen: Erster Durchbruch in Valetta** 7
 - **Neuer EU-Bericht über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt** 8
 - **Besuch einer Delegation des Wirtschaftsbunds** 9
- Links** 10
- Impressum** 11

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Europäische Kommission

Allianz für die Kunststoffkreislaufwirtschaft

Mehr als 100 öffentliche und private Partner unterzeichnen die Erklärung der Allianz für die Kreislaufwirtschaft, welche mit freiwilligen Maßnahmen einen reibungslos funktionierenden EU-Markt für recycelte Kunststoffe fördern soll.

Ziel ist es, bis 2025 in Europa jährlich zehn Millionen Tonnen recycelter Kunststoffe bei der Herstellung neuer Produkte einzusetzen. Das Ziel wurde bereits von der Europäischen Kommission in ihrer Strategie für Kunststoffe festgelegt und soll einen Beitrag zu mehr Recycling in Europa leisten. Die Unterzeichner dieser Initiative decken die gesamte Kunststoffwertschöpfungskette ab. Die zuständigen Kommissare Timmermanns und Bienkowska freuen sich über den Einsatz der europäischen Industrie und den Beitrag, der dadurch zum Umweltschutz geleistet wird. Nicht zu vernachlässigen ist auch das Innovationspotenzial und Arbeitsplätze, welche sich aus diesem Engagement ergeben können.

In der von kleinen und mittleren Firmen, Großunternehmen, Wirtschaftsverbänden, Normungsgremien, Forschungseinrichtungen sowie lokalen und nationalen Behörden unterzeichneten Erklärung wird die Zielvorgabe von zehn Millionen Tonnen gebilligt. Ferner wird dazu aufgerufen, keine

Kunststoffabfälle mehr in die Natur gelangen zu lassen und unbehandelte Abfälle nicht mehr in Deponien zu entsorgen.

Die Initiative hat auch einen ganz klaren Hintergrund: In der EU wird das Potenzial für das Recycling von Kunststoffabfällen – insbesondere im Vergleich zu anderen Materialien wie Papier, Glas oder Metallen – weiterhin kaum ausgeschöpft. Von über 27 Mio. Tonnen Kunststoffabfällen, die jedes Jahr in Europa gesammelt werden, landet weniger als ein Drittel in Recyclinganlagen. Infolgedessen wurden 2016 weniger als 4 Mio. Tonnen recycelter Kunststoffe in Europa verkauft, was kaum 8 % des EU-Markts für Kunststoffe entspricht. Die Allianz billigt die Zielvorgabe der EU, wonach bis 2025 in der EU 10 Mio. Tonnen recycelter Kunststoffe verkauft werden sollen, und verpflichtet sich auf diese Weise dazu, den EU-Markt für recycelte Kunststoffe um mehr als 150 % expandieren zu lassen.

Mehr Informationen [hier](#).

Europawahlen 2019: Rekordbeteiligung bei jungen Menschen

Die hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 geht laut einer vom Europäischen Parlament im Juni in Auftrag gegebenen Eurobarometer-Umfrage auf einen Anstieg der Wahlbeteiligung junger Menschen zurück.

Eine Eurobarometerumfrage nach den EU-Parlamentswahlen zeigt ganz klar, dass der Anstieg der Wahlbeteiligung hauptsächlich durch erhöhte Partizipation der jüngeren Generation zu erklären ist. Bei der Gruppe unter 25 Jahren ist ein Anstieg von 14% und bei der Gruppe zwischen 25-29 Jahren von 12% zu verzeichnen. Die allgemeine Wahlbeteiligung lag bei 50,6%, was dem höchsten Wert seit 1994 entspricht. In 19 der 28 Mitgliedsstaaten kam es zu einem Anstieg der Wahlbeteiligung. Besonders hervorzuheben sind hierbei Polen, Rumänien, Spanien, Österreich, Ungarn und Deutschland, sowie die Slowakei und Tschechien, da hier

die Wahlbeteiligung historisch immer sehr niedrig war. In den restlichen acht Ländern wurde ein Rückgang von maximal 3% registriert.

Der Präsident des EU-Parlaments sagt zu den Ergebnissen dieser Studie: "Die deutliche Steigerung der Wahlbeteiligung bei der Europawahl vom vergangenen Mai zeigt, dass die Menschen, insbesondere die jüngeren, ihre demokratischen Rechte schätzen und glauben, dass die Europäische Union stärker ist, wenn sie gemeinsam auf ihre Anliegen eingeht."

Mehr Informationen [hier](#).



Europäische Kommission

Der UN-Klimagipfel: Die Versprechen der EU

Der Klimagipfel in New York, welcher vor der Generalversammlung stattfand, fand vom 21. bis 23.09.2019 auf Einladung des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres statt. Dem Gipfel vorgelagert fanden am Freitag, 20.09.2019, weltweite Demonstrationen der „Fridays-for-Future“-Bewegung statt, eine der größten in New York selbst. Die Initiatorin Greta Thunberg beteiligte sich an dieser und sprach im Zuge des Gipfels auch vor den Staats- und Regierungschefs.

Es wird kritisiert, dass trotz großer Ankündigungen wenige Staaten mit echten Konzepten aufwarten können. Speziell die großen Volkswirtschaften kommen laut dem US Think-Tank WIR ihren Verpflichtungen nicht nach.

Trotzdem wurden viele Versprechungen gemacht. 66 Länder gaben an, ihre Ambitionen erhöhen zu wollen, um die Klimaziele des Pariser Abkommens zu erreichen; 59 Länder werden ihre Klimapläne im Jahr 2020 definitiv verstärken; und 30 haben sich verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden. Einige EU-Mitgliedstaaten (Dänemark, Luxemburg, die Niederlande und Schweden) haben außerdem angekündigt, auf eine Aktualisierung der EU-Klimaziele für 2030 bis zum ersten Quartal 2020 zu drängen. Darüber hinaus werden mehrere europäische Länder im kommenden Jahr große Klima-Gipfeltreffen veranstalten.

Der US-amerikanische Präsident Donald Trump ließ sich wider Erwarten kurz auf dem Klimagipfel blicken, verschwand aber auch sehr schnell wieder. Die deutsche Kanzlerin bekräftigte das Vorhaben, Deutschland bis 2050 klimaneutral zu machen. Das Klimapaket ihrer Regierung wird aber stark kritisiert, da es laut Berechnungen nicht annähernd diese Ziele erreichen kann. Macron sprach sich wieder für eine Handelspolitik „im Dienste der Klimaagenda“, sowie für eine CO₂-Besteuerung aus. Außerdem kündigte er an, sich für die Aufstockung des Weltklimafonds einzusetzen. Bislang haben Deutschland, Norwegen, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Dänemark und Schweden angekündigt, ihre Beiträge zu diesem Fonds zu verdoppeln. Kanada machte während des letzten G7-Treffens eine ähnliche Ankündigung.

Zusammen wollen diese Länder sieben Milliarden Dollar für den auf zehn Milliarden Dollar ausgelegten Fonds bereitstellen, um die Geldlücke nach dem Wegfall der US-Finanzierung zu schließen. Auch Island und die Schweiz wollen ihren Beitrag leisten. Indiens Premier Modi kündigte groß angelegte Investitionspakete an, welche vorsehen, den Anteil erneuerbarer Energien auf 450 Gigawatt zu erhöhen.

Des Weiteren haben sich fünf weitere Länder der Carbon Neutrality Coalition (CNC) angeschlossen: Österreich, Chile, Italien, Japan und Osttimor. Die Koalition umfasst nun sechs der sieben G7-Mitglieder; Ausnahme sind die USA. Die Gruppe verursacht 15 % der weltweiten CO₂-Emissionen und steht gleichzeitig für fast 30 % des globalen BIP. Die anderen Mitglieder der CO₂-Neutralitätsgruppe sind: Kanada, Costa Rica, Kolumbien, Dänemark, Äthiopien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Island, Luxemburg, die Marshallinseln, Mexiko, die Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Mehr Informationen [hier](#).



Europäische Kommission

Macrons europäische Militärkoalition wächst

Da Norwegen und Schweden kürzlich der von Frankreich geführten Europäischen Interventionsinitiative (EII) beigetreten sind und die Verteidigungsminister der Militärkoalition den Antrag Italiens auf Beteiligung angenommen haben, erlebt Emmanuel Macrons „europäischer Verteidigungsraum“ derzeit einen stillen, aber stetigen wachsenden Zuspruch.

Die Idee einer Verteidigungsgemeinschaft wurde vom französischen Präsidenten erstmals 2017 bei seiner Sorbonne-Rede vorgeschlagen und hat die Förderung der strategischen Autonomie Europas im Bereich der Verteidigung und Sicherheit im Kern. Ein weiteres zentrales Element wäre somit auch die Schaffung einer EU-Armee.

Die von Frankreich angeführte Initiative wurde offiziell im Juni 2018 ins Leben gerufen, als die Verteidigungsminister Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Frankreichs, der Niederlande, Portugals, Spaniens und des Vereinigten Königreichs in Paris eine Absichtserklärung unterzeichneten, in der sie die Zusammenarbeit außerhalb der bestehenden Strukturen wie der NATO oder der EU-Verteidigungssäule begründeten. Finnland trat der Militärkoalition im

November 2018 bei, als die Initiative offiziell in Kraft trat. Ziel der Kooperative ist es, die Fähigkeit zur raschen Durchführung gemeinsamer Militäroperationen, ziviler Evakuierungen und auch Katastrophenhilfe zu entwickeln. Dabei soll auch die Entwicklung einer gemeinsamen strategischen Kultur helfen.

Während des Treffens kamen die Teilnehmer auch überein, bestehende Strukturen wie die EU, die NATO, die UN oder die OSZE nicht zu kopieren. Sie erklärten, dass „die EII nur eine Ergänzung und ein flexibles, nicht bindendes Forum ist, in dem alle Teilnehmer gleichberechtigt sind“.

Mehr Informationen [hier](#).

Grenzkontrollen: Parlament bereit, Limits für

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten im Europäischen Parlament spricht sich dafür aus, Gespräche mit den MinisterInnen der Mitgliedsstaaten bezüglich Zeitlimits für Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraums zu starten.

Aktuell ist es Mitgliedsstaaten möglich, aufgrund von ernsthaften internen Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit selbstständig Grenzkontrollen auch innerhalb des Schengenraums anzuordnen. Dies geschah beispielsweise in Österreich, Deutschland, Schweden, Dänemark und Norwegen aufgrund der außergewöhnlichen Umstände, welche die Migrationswelle im Sommer 2015 erzeugte.

Das Parlament möchte die momentan gültige Grenze von sechs Monaten auf zwei Monate absenken. Ebenso wollen sie die Möglichkeit der Verlängerung auf zwei Jahre, wie

aktuell der Fall, auf ein Jahr absenken.

Früher in diesem Jahr wurde sich bereits an Gesprächen versucht. Diese wurden aber aufgrund fehlender Erfolgsaussicht bei den zuständigen MinisterInnen der Mitgliedsstaaten abgebrochen. Nun möchte man sich an einer neuen Verhandlungsrunde versuchen.

Mehr Informationen und auch die gesamte Position des Parlaments gibt es [hier](#).

Europäische Kommission



Brexit: Gericht entscheidet, Zwangspause des Parlaments ist nicht rechtens

Die vom britischen Premierminister verhängte Zwangspause des britischen Parlaments ist laut Beschluss des Höchstgerichts „rechtswidrig, ungültig und wirkungslos“. Laut Experten wird dieses Urteil weitreichende Folgen für das Verfassungsrecht des Königreichs haben.

Die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs Lady Brenda Hale betone in ihrer Bekanntgabe, dass Premierminister Johnson mit seiner Entscheidung, dass Parlament „in den Urlaub“ zu schicken, der Demokratie nachhaltig geschadet hat.

Johnson selbst, zur Zeit der Verkündung auf der UN-Generalversammlung, ließ verlauten, dass er mit der Entscheidung des Gerichtes in keiner Weise einverstanden ist. Das Parlament kann nun ab sofort wieder tagen. Der Parlamentssprecher John Bercow sagte, er begrüße das Urteil sehr. Er war von Anfang an der Ansicht, dass Johnsons Tat verfassungswidrig war, da es das Parlament an seiner Kernaufgabe hindert, nämlich die Kontrolle der Regierung.

Johnson hatte versucht, mit der Beurlaubung des Parlaments es davon abzuhalten, Gesetze zu

verabschieden, die einen No-Deal-Brexit verunmöglichen und Johnson wieder an den Verhandlungstisch mit der EU zwingen.

Das Urteil schlägt große Wellen, denn in Großbritannien ist es äußerst ungewöhnlich, dass sich Gerichte in das politische Tagesgeschäft einzumischen und somit die Verfassung auszulegen. Das Urteil sei für Johnson „vernichtend“ und sogar EU-Abgeordnete der Pro-Brexit-Partei fordern Johnson auf, seinen Rücktritt anzubieten.

Mehr Informationen [hier](#).



Europäische Kommission

EU-Umfrage: Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung weit verbreitet

Mehr als die Hälfte der EU-Bürger ist der Ansicht, dass Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung in ihrem jeweiligen Land nach wie vor sehr verbreitet ist. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Eurobarometer-Umfrage. Österreich liegt hierbei etwas unterhalb dieses Durchschnitts. In Österreich vermuten 46 % der Befragten eine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung.

Die höchsten Werte wurden in Portugal und Frankreich gemessen, wo 71% bzw. 73% glauben, diese Art der Diskriminierung findet immer noch statt. Wiederum die niedrigsten Werte gibt es in der Slowakei (25%) und in Luxemburg (27%).

Am Montag, 30. September 2019, findet eine von Kommission und dem finnischen Ratsvorsitz organisierte Konferenz mit dem Thema der Gleichstellung von LGBTQI-Menschen und möglichen Verbesserungen statt. EU-Justizkommissarin Vera Jourova sagte, die jüngste Umfrage zeige auch, dass 76 % der Europäer meinten,

dass Schwule, Lesben und Bisexuelle die gleichen Rechte haben sollten wie Heterosexuelle. Dies sei eine Verbesserung gegenüber der vorhergehenden Umfrage aus dem Jahr 2015, "aber es gibt noch viel zu tun". In Österreich sind laut Eurobarometer 70 % der Ansicht, dass Schwule, Lesben und Bisexuelle die gleichen Rechte haben sollten wie Heterosexuelle. Es zeigt sich ganz klar, dass die Anerkennung von LGBTQI-Personen in Europa steigt.

Mehr Informationen [hier](#).



Europäisches Parlament

Verteilung von Flüchtlingen: Erster Durchbruch in Valetta

Nach langen und zähen Verhandlungen haben Deutschland, Frankreich, Italien und Malta eine vorläufige Einigung zur systematischen Verteilung von aus Seenot geretteten Flüchtlingen erzielt.

Die Innenminister der vier EU-Länder verständigten sich am Montag in Maltas Hauptstadt Valletta auf einen zeitlich und geographisch begrenzten Verteilungsmechanismus für Flüchtlinge. Beteiligte EU-Länder sollen demnach Menschen, die über Libyen und das Mittelmeer nach Italien und Malta gelangen, nach einem festen Verfahren aufnehmen. Konkret ging es darum, kurzfristige Lösungen zur Entlastung der südlichen Mitgliedsstaaten zu gewährleisten. Deutschland hatte bereits im Vorfeld dieses Treffens angekündigt, ein Viertel der in Italien ankommenden Flüchtlinge aufzunehmen. Frankreich stellte die Aufnahme eines weiteren Viertels in Aussicht. Außerdem haben Kroatien, Finnland, Irland, Litauen, Luxemburg und Portugal ihre Beteiligung zugesagt.

Für eine derartige Zusammenarbeit seien nun „klare Vorgaben für die Verfahren“ und „klare Fristen“ für die Verteilung der Flüchtlinge erarbeitet worden, sagte Seehofer. Über die genaue Höhe der Verteilungsquoten müsse noch diskutiert werden, weil sie von der Zahl der beteiligten EU-Länder abhängen. Die Frage soll bei einem EU-Innenministertreffen am 8. Oktober geklärt werden. Dies soll aber keine endgültige Lösung sein, sondern vorwiegend der Überbrückung bis zu einer endgültigen Reform des Dublin-Verfahrens darstellen.

Mehr Informationen [hier](#).



Europäischer Rat

Neuer EU-Bericht über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt

Fast 40 % der Arbeitskräfte in der EU verfügen über keine oder fast keine digitalen Kenntnisse, während die Zahl der Absolventen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien in vielen EU-Mitgliedstaaten unter dem Bedarf liegt. Die Lücke bei den digitalen Qualifikationen klafft nach wie vor weit offen und droht in vielen EU-Ländern größer zu werden. Das ist eines der Ergebnisse des Berichts über den Wandel der Arbeit und der Fähigkeiten im digitalen Zeitalter, den die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission vorgestellt hat.

Der Bericht beschäftigt sich vorwiegend mit den Auswirkungen von neuen Technologien auf den Arbeitsmarkt und mit möglichen bildungspolitischen Maßnahmen. Die Autoren fokussieren sich vor allem auch auf das Zusammenspiel zwischen Technologien, Arbeitsplätzen und Arbeitsorganisation und den sich ändernden Strukturen am EU-Arbeitsmarkt. Der zuständige Kommissar für Bildung, Jugend, Kultur und Sport Tibor Navracsics betont in einem Statement die rasanten Veränderungen und die damit einhergehenden

Herausforderungen bedürfen einer raschen politischen Antwort. Er verweist auch auf bereits laufende Projekte, wie den Aktionsplan für digitale Bildung und den Europäischen Bildungsraum. Schließlich hat die Europäische Kommission im Rahmen des künftigen langfristigen EU-Haushalts (2021-2027) ein Programm für das digitale Europa in Höhe von 9,2 Mrd. € vorgeschlagen, um auf die aufkommenden digitalen Herausforderungen zu reagieren.

Mehr Informationen [hier](#).



Sonstiges

Besuch einer Delegation des Wirtschaftsbunds



Am Freitag, den 26. September 2019, besuchte uns eine Gruppe des Wirtschaftsbundes in der Vertretung. Auf dem Programm standen eine Präsentation der Aufgaben unseres Büros hier in Brüssel und im Anschluss fand eine sehr lebhaft Diskussion mit den Teilnehmern statt. Thema waren vor allem Anliegen der Wirtschaft an die EU, aber auch die Zukunft der Sozialpartnerschaft, speziell im europäischen Kontext.



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Sandra Gintsberger

Martin Rigo

Abbildungsverzeichnis

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/factsheet-wifi4eu>

<https://epws.org/european-inventor-award-2020/>